

## Andrei S. Markovits Die Präsidentschaftswahl 1988: Eine analytische Skizze\*

*Zusammenfassung:* Markovits analysiert die strukturellen Ursachen der Niederlage der Demokratischen Partei bei den Präsidentschaftswahlen vom November 1988, die zu erwartenden Konturen der »Bushjahre« und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den USA am Ende der 80er Jahre. Ein eindeutiger Rechtsruck ist trotz oder infolge der Reagan-Herrschaft nicht auszumachen. Der Autor macht eine potentiell mehrheitsfähige Mitte-Links-Koalition aus, wenn es den Demokraten gelänge, offensiv für soziale und ökonomische Gerechtigkeit zu mobilisieren.

### Einleitung

Der wahrscheinlich um unfairsten geführte, vom intellektuellen Inhalt her niveauöseste Wahlkampf der neueren amerikanischen Geschichte endete mit einem klaren Erfolg des republikanischen Kandidaten George Bush. Mit 54 % der abgegebenen Stimmen und 426 von 538 Wahlmännern/frauen im Electoral College konnte Bush einen überzeugenden Sieg für sich verbuchen. Doch anders als sein Amtsvorgänger und ideologischer Ziehvater Ronald Reagan, der besonders durch seinen 1980 – aber auch vier Jahre danach – errungenen Wahlsieg mit einer gewissen Legitimität davon sprechen konnte, daß ihm das amerikanische Volk durch die Urne ein »Mandat« verliehen habe, vermochte Bush niemals auch nur ähnlich hochtrabende Weihen für sich in Anspruch zu nehmen. Obwohl Bushs Wahlsieg überzeugend ausfiel, erbrachte die Präsidentschaftswahl im November 1988 weder ein klares Regierungsmandat für den 41. Präsidenten des Landes noch ein sogenanntes »realignment« – also eine Restrukturierung – der Parteienlandschaft und der politischen Topographie des Landes. Während auf der einen Seite der konservative Bush die Oberhand behielt, konnten die sicherlich viel liberaleren Demokraten ihren bereits vor dem 8. November vorhandenen Vorsprung in beiden Häusern des Kongresses noch erheblich ausbauen. Niemals zuvor in der Geschichte des 20. Jahrhunderts mußte ein zum erstmals zum Präsidenten gewählter Republikaner Verluste seiner Partei in beiden Häusern des Kongresses in Kauf nehmen. Um der Sache noch größere Komplexität zu verleihen: Der eindeutige Bush-Sieg, den man vordergründig als einen schlichten Rechtsruck der amerikanischen Politik deuten könnte, war begleitet von den vielleicht noch überzeugenderen und überraschenden Siegen ausgesprochen liberaler Senatoren wie Metzenbaum (Ohio), Lautenberg (New Jersey) und Riegle (Michigan), von Siegen der Gouverneure Kunin (Vermont) und Bayh (Indiana)<sup>1</sup>, und vieler der 262 demokratischen Kon-

\* Dieser Aufsatz wurde Anfang Dezember 1988 verfaßt

greßabgeordneten. Wenn man dazu noch die Ergebnisse hunderter kommunaler und auf bundesstaatlicher Ebene begrenzter Referenda auswertet, ergibt sich überhaupt kein Bild eines klaren Trends, geschweige denn eines politisch richtungsweisenden Mandates für die nächsten vier Jahre.

Man könnte die amerikanische »Unübersichtlichkeit« verkürzt folgendermaßen skizzieren: Bushs Wahlsieg ist in erster Linie eine Bestätigung und Fortsetzung des persönlichen Charisma Ronald Reagans. Reagan ist es jedoch *nicht* gelungen, dieses persönliche Charisma institutionell zu verankern und in ein dauerhaftes politisches Vermächtnis zu schmieden. Auf republikanischer Seite wurde die bereits 1982 sich anbahnende Spaltung zwischen der persönlichen Popularität und Stärke Ronald Reagans einerseits und der andauernden Schwäche der republikanischen Partei andererseits eher noch vertieft. Die Demokraten bleiben in einem 3:2 Verhältnis weiterhin die stärkere der zwei Parteien. Wir haben es hier mit einer Entwicklung zu tun, die sich seit den späten 30er Jahren – mit nur ganz geringfügigen Unterbrechungen – in der Topographie der amerikanischen Parteienlandschaft zu verfestigen scheint. Gleichzeitig identifizieren sich aber immer mehr Amerikaner als »Unabhängige«; ihre Zahl ist auf nationaler Ebene bereits größer als die der Republikaner und übersteigt in zahlreichen Kommunen sogar die der Demokraten.

Neben dieser »Zersetzung« traditioneller Gefolgschaft der zwei amerikanischen Großparteien ist ein immer ausgeprägteres Stimmensplitting zu beobachten, das bislang immer zum Sieg der Republikaner in Präsidentschaftswahlen geführt hat, während die Demokraten die Macht in den zwei Häusern des Kongresses auf lange Zeit gepachtet zu haben scheinen. So läßt sich zwar von einem »de-alignment« jedoch nicht von einem »re-alignment« der amerikanischen Parteienkonstellation sprechen. Ein wahres Paradigma der Post-Moderne also! Dennoch muß meines Erachtens *die* Gretchenfrage der amerikanischen Innenpolitik beantwortet werden: Woran liegt es wohl, daß die Demokraten fünf der letzten sechs (bzw. sieben der letzten zehn) Präsidentschaftswahlen – vier davon mit empfindlich hohen Wählerverlusten – verloren haben? Dem Versuch diese Frage zu erörtern möchte ich den ersten Teil meines Aufsatzes widmen. Danach skizziere ich kurz den verpatzten Dukakiswahlkampf. Im darauffolgenden Abschnitt behandle ich dann die meines Erachtens wichtigsten zu erwartenden innen- und außenpolitischen Kontouren einer Bush-Regierung. Eine spekulative Analyse der Zukunftsentwicklungen- und möglichkeiten der demokratischen Partei bildet den Schlußteil dieses Aufsatzes.

### **Die Demokraten in strukturellen Schwierigkeiten: Ein bitteres Vermächtnis der 60er und der 68er Jahre**

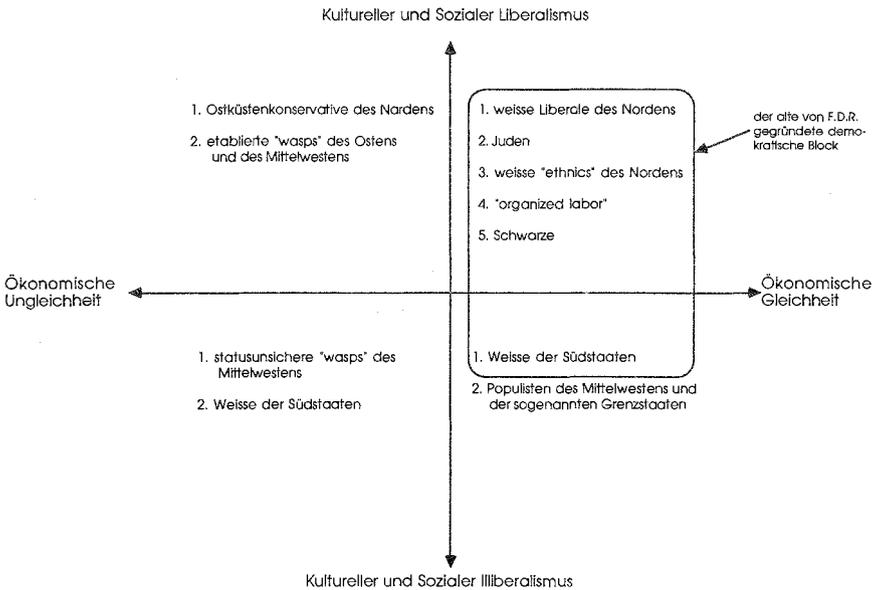
Ähnlich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und auch anderer europäischer Länder haben auch in den USA die allgemeine Aufbruchsstimmung und die verschiedenen politisierten Bewegungen der 60er Jahre ein sehr komplexes Vermächtnis und ein schier unlösbares Dilemma für die Linkspartei des jeweiligen Lan-

des – also in unserem Fall die Demokraten – hinterlassen. Diese zentrifugale Entwicklung, die ihren Höhepunkt bei den Parteitagungen der Demokraten 1968 und 1972 erreichte, zerstörte ein für allemal das vom New Deal Franklin Delano Roosevelts zusammengeschmiedete Gebilde der alten Demokratischen Partei, ohne ihr bis heute ein neues, auch nur annähernd vergleichbar stabiles Gerüst verleihen zu können. Dieses aus den 30er Jahren stammende »liberale« Gebilde scharte eine Koalition aus fortschrittlichem Kapital, den Gewerkschaften (»organized labor«), Schwarzen, Juden und den sogenannten »ethnics«<sup>2</sup> des Nordens um eine wachstums- und konsumtionsbetonte keynesianische Politik, in der dem Staat eine aktiv gestaltende Rolle in der Sozial- und Wirtschaftspolitik eingeräumt wurde. Diese Koalition traf dann ein wichtiges politisches Abkommen mit dem seit dem Bürgerkrieg des 19. Jahrhunderts weiterhin rassistischen, feudalen und separatistischen, südstaatlichen Teil der Demokratischen Partei: Für die legislative Unterstützung des liberalen Rooseveltischen Programms im Kongreß und seine spätere Durchsetzung auf nationaler Ebene blieben die Südstaaten in ihrem rassistischen und feudalen Lebensstil vom Bund zunächst unangetastet. Dieses von Roosevelt etablierte Gebilde blieb bis Mitte der 60er Jahre erhalten und gereichte der Demokratischen Partei zu manchen Erfolgen, sowohl im Bereich der legislativen (Kongreß) als auch in dem der exekutiven (Präsident) Politik. In der Innenpolitik war für diese Partei eine Reformneigung in der Sozial- und Wirtschaftspolitik kennzeichnend, während sie in der Außenpolitik dem starken Isolationismus der Republikaner ein betont interventionistisches und »engagiertes« Auftreten der Vereinigten Staaten entgegensetzte. Der letzte große Sieg dieser Demokratischen Partei war der von 1964, als Lyndon B. Johnson den Demokraten den bis dahin größten Wahlsieg der Nachkriegsgeschichte bescherte. Danach sollte es nie mehr so werden wie es seit der Rooseveltischen Ära war<sup>3</sup>. (Für eine graphische Darstellung der Rooseveltischen New Deal Koalition der Demokraten, siehe Schaubild 1)

Die vom Rooseveltischen New Deal geprägte Koalition zerschellte im Laufe der 60er Jahre an den Klippen der von den Demokraten zumindest miterbauten Felsen. Einerseits ging der bis dahin absolut sichere Süden den Demokraten langsam verloren – wegen ihres sehr beachtlichen Engagements auf Seiten der Bürgerrechtsbewegung. Mit Kennedy begann eine, und von seinem Nachfolger Johnson fortgesetzte, in der amerikanischen Geschichte beispiellos aktive und insbesondere in der Gesetzgebung erfolgreiche, progressive Reformtätigkeit der 60er Jahre, die die Demokraten in der amerikanischen Öffentlichkeit zur Partei der Schwarzen abstempelte. Mittlerweile ist der Süden zu einer Hochburg der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen geworden. Tatsächlich wählten wiederum fast 90 % der zur Urne schreitenden schwarzen Amerikaner, trotz des breit publizierten Zwistes zwischen Michael Dukakis und Jesse Jackson, für den demokratischen Kandidaten – ähnlich viele wie schon zuvor für Humphrey, Mc Govern, Carter und Mondale gestimmt hatten. Keine andere ethnische Gruppe, geschweige denn ein sonstiges Kollektiv (sei es einer Klasse, Region oder Religion) wählte auch nur annähernd mit solch regelmäßig überwältigenden Mehrheiten den Kandidaten stets einer Partei, wie es die Schwarzen im Falle des jeweiligen demokratischen Präsidentschaftsanwärters taten.<sup>4</sup>

Schaubild 1

## Die Lage vor der Umschichtung im Laufe der 60-er Jahre

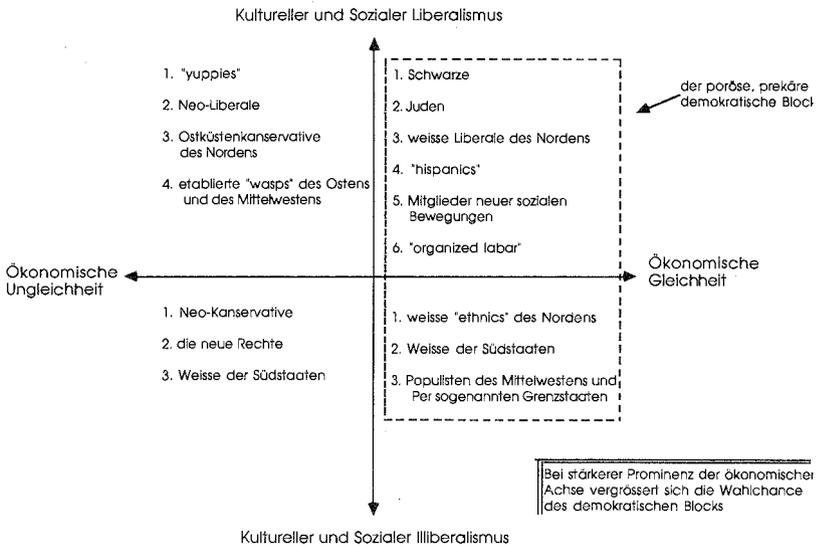


Die alte Rooseveltische Koalition zerbrach auch an den Folgen des bereits erwähnten außenpolitischen Interventionismus der Demokraten und an dem, ihrer modernistischen Tradition entsprechenden, technokratischen Fortschrittsglauben. Der Vietnamkrieg war eben auch ein Produkt dieses von den Demokraten vertretenen, überheblichen, technokratischen Liberalismus, der nicht nur vorgab, alles zu wissen, alles zu können und zu lösen, sondern auch der festen Meinung war, der amerikanischen und globalen Öffentlichkeit damit einen allgemein benötigten und stark vernachlässigten Liebesdienst erweisen zu können. Diese techno-optimistische Haltung der »Best and the Brightest« wurde auf den Schlachtfeldern Vietnams, in den brennenden Ghettos von Detroit und Newark und auf dem Campus, von Berkeley, Columbia und Wisconsin um 1968 endgültig demaskiert. Die Parteitage in Chicago 1968 und in Miami 1972 bedeuteten den endgültigen Verfall der Rooseveltischen Koalition. An ihrer Stelle hat sich auf nationaler Ebene – also gerade auf der Ebene jedes Präsidentschaftswahlkampfes – bis heute nichts herauskristallisieren können, was auch nur annähernd von äquivalenter Dauer wäre. Dieser massive Wandel führte zu einer gewaltigen programmatischen und sozialen Umschichtung der Partei, deren schmerzlichste Folge der anscheinend permanente Verlust der Präsidentschaft für die Demokraten zu sein scheint. In der Außenpolitik z.B. führte diese programmatische Umwälzung zu einer

an die frühere Isolationismushaltung der Republikaner erinnernde Vorsicht und Abstinenz der Demokraten; ohne sie wäre es in neuerer Zeit vermutlich zu einer vom Kongreß unterstützten militärischen Intervention der Vereinigten Staaten in Mittelamerika gekommen. Die durch die Vietnamerfahrung verbrannten Finger der Demokraten machten diese Partei zu einer stets auf Vorsicht bedachten und jedes außenpolitische Engagement mit Skeptis betrachtenden Stimme in der amerikanischen Politik. Bei großen Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit trägt die Partei freilich auch das große Manko des Vietnamverlierers, des Unverlässigen, des Schwachen und des Vaterlandverrätters. Die Vietnamerfahrung belastet die Demokraten bis heute mit dem Syndrom einer amerikanischen Dolchstoßlegende. (Für eine graphische Darstellung der Post-68er-Demokraten, siehe Schaubild 2)

Schaubild 2A

Die Lage nach der Umschichtung durch Entwicklungen der 60-er Jahre



Ferner müssen die Demokraten das schwere Vermächtnis der amerikanischen 68er und ihrer Nachfahren tragen. Da andere realistische, parteiliche und parlamentarische Repräsentationsmöglichkeiten nicht existieren, wurde die Demokratische Partei zum institutionellen Ableger und ideologischen Auseinandersetzungspartner fast aller Gruppierungen, die man in der Bundesrepublik unter dem Begriff »neue soziale Bewegungen« zusammenfaßt. Die Demokraten konnten sich Forderungen von Feministinnen, der Frauenbewegung im allgemeineren Sinne, von Abtreibungsbefürwortern, Friedensbewegten, Kernenergiegegnern, Ökoradikalen, Isolationisten und Pazifisten genausowenig entziehen wie dem gewachsenen Gleichberechtigungsdruck,

der von Homosexuellen, Amerikanern spanischer Muttersprache (hispanics), Indianern (native Americans) und natürlich noch in stärkerem Maße von Schwarzen an sie als Vertreterin der sozial Schwächeren adressiert wurde. Zu dem »overload« der Partei trugen natürlich auch ihre weiteren Verpflichtungen gegenüber ihrer aus den 30er Jahren stammenden »alten« Klientel bei, die sich aus Gewerkschaftlern, den weißen, nicht-protestantischen »ethnics« der nördlichen Industriestaaten und den ärmeren oft fundamentalistisch protestantischen WASPS des ländlichen Südens zusammensetzt. Der Partei wurde es dabei immer unmöglicher, die Interessen und Welten der »alten« mit denen der »neuen« Klientel für einen Wahlkampf, geschweige denn auf längere Dauer erfolgreich zu verbinden. Es entwickelte sich eine zersetzende, zentrifugale Spirale, die die früher freilich ungleich und undemokratisch gewichteten, universalistischen Vertretungsansprüche der Partei in zwar demokratischere, dafür jedoch um so schwieriger regierbare, partikularistische Strömungen auflöste. So können bei den Demokraten nur Frauen für und über Frauen, Schwarze für und über Schwarze, Homosexuelle für und über Homosexuelle, Juden für und über Juden etc. reden, mit einem Minimum an für jede effektive Durchsetzungsfähigkeit erforderlicher Legitimität. Wohl kaum eine andere politisch bedeutende Institution des Landes verkörpert im politisch-repräsentativen Sinn das Phänomen des »hyphenated American« (Italo-American, Afro-American, Asian-American, aber eben neuerdings auch de facto Gay-American, Female-American etc.) mit demselben Ernst – natürlich auch mit den dazugehörigen Kosten – wie die Demokratische Partei. Die alten, meist korrupten aber hoch effizienten, auf eine Koalition der »ethnics« sich stützenden »urban machines«, in denen eine Handvoll zigarrenrauchender Parteibonzen Städte wie Chicago, Philadelphia, Boston, New York – ohne großen Aufwand der nationalen Partei – an jedem Wahltag den Demokraten quasi automatisch zuschacherte, sind längst den demokratievergrößernden Reformbemühungen der 68er und ihrer Nachfahren zum Opfer gefallen<sup>5</sup>. Während die sozialen Träger dieser »machines« – genau wie die WASPS der Südstaaten – inzwischen mehr oder minder en bloc bei Präsidentschaftswahlen für die republikanische Partei stimmen, konnten die neuen Gruppierungen der demokratischen Partei diese alten Organisationsformen nicht ersetzen. Solange es der Partei nicht gelingt, dieses Vakuum zu füllen, und solange die eben erwähnten Partikularismen ein gemeinsames Vorgehen der Partei zu gut wie unmöglich machen, sehen die Chancen der Demokraten, das Weiße Haus nicht nur per Zufall oder aus ganz besonderen historischen Ausnahmefällen zu erobern, schlecht aus<sup>6</sup>. Vor allem sind die Demokraten Opfer eines noch immer die nationale Politik bestimmenden strukturellen Rassismus. So konnte z.B. kein demokratischer Kandidat seit Lyndon Johnsons großartigem Sieg im Jahre 1964 mehr als 40 % der Stimmen weißer Wähler auf sich vereinigen. Die durch die populistisch-rassistische Splitterkandidatur des ehemaligen Gouverneurs von Alabama, George Wallace, den Demokraten abtrünnig gewordenen weißen Wähler (circa 15 % der Gesamtwähler der Vereinigten Staaten), konnten seit 1968 nie mehr auf längere Zeit in die Partei rückintegriert werden. Sie gingen mehr oder minder dauerhaft in das republikanische Lager über. Diese Spaltung weißer und schwarzer Wähler hat natürlich, abgesehen von den offensichtlichen gegenseitigen

gen Ressentiments und ethnischen Gegensätzen, sehr viel mit politischen Topoi zu tun, die von diesen zwei Gruppen unterschiedlich eingeschätzt werden. So betrachten beispielsweise Schwarze in weiterhin überwältigendem Maße die aktive Rolle des Staates als wichtig für ihr Gemeinwohl, während Weiße, die sich in einer ähnlichen Lage befinden wie die Schwarzen, dem Staat und seiner gesellschaftlichen Rolle viel skeptischer, meist sogar offen ablehnend gegenüberstehen.

Wenn darüber hinaus noch die Ergebnisse der Wahl 1988 nach dem Faktor »Ethnizität« untersucht werden, fällt auf, wie sehr die Rassenfrage das Wahlverhalten in Amerika bestimmt und wie dies insbesondere die Lage der demokratischen Partei erschwert. George Bush gewann 58 % der weißen Stimmen, aber nur 8 % der Schwarzen im mittleren Westen des Landes. Im Süden fiel das Verhältnis mit 67:12 % für die Demokraten fast gleichschlecht aus. In den westlichen Staaten errang Bush nur 13 % der schwarzen Wähler, während er 58 % der Weißen für sich gewinnen konnte. Und sogar der oft von der Norm abweichend eingeschätzte Osten blieb diesem Schema treu: Bush bekam 54% der Weißen, während nur 12% der Schwarzen für ihn stimmten. Von den 10 Staaten, die Dukakis für sich verbuchen konnte, hat mit Ausnahme des Staates New York kein anderer eine signifikante schwarze Minorität. Konkret heißt dies, daß überall, wo der schwarz-weiße Konflikt eine Realität ist, der Großteil der Weißen die Republikaner wählt. Demokraten können anscheinend nur praktisch »schwarzenfreie« Staaten wie Oregon, Wisconsin, Washington, Hawaii, West Virginia, Minnesota, Iowa und Massachusetts für sich gewinnen, während sie in all den Staaten, in denen eigentlich ihre loyalsten Unterstützer – eben die Schwarzen – beheimatet sind, in den letzten Präsidentschaftswahlen regelmäßig von den Republikanern besiegt wurden<sup>7</sup>. New York ist da allein die regelbestätigende Ausnahme: Ein disproportional hoher Anteil der weißen Stimmen stammt in diesem Bundesstaat von Juden – also einer anderen, den Demokraten loyalen Gruppe. Dieses Dilemma kann von den Demokraten nur in ihrem Sinn gelöst werden, wenn es ihnen gelingt, den Schwarz-Weiß Konflikt durch das Hervorheben anderer Grenzlinien, wie z.B. dem der Klasse – und damit ökonomischer Gemeinsamkeiten beider Gruppen – wenn nicht voll zu ersetzen, so doch zumindest zu entschärfen.

Im Gegensatz zu Europa, wo das Primat der Klasse nicht nur objektiv sondern vor allem subjektiv die Wasserscheide der politischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts bestimmte, war und blieb in den Vereinigten Staaten bis heute die Frage der Ethnizität entscheidend. Da die Demokraten als Partei der Schwarzen betrachtet werden – was sie unter anderem *auch* sind – beginnen sie jede Präsidentschaftswahl mit einem unerhörten Manko in vielen, vom wahltechnischem Standpunkt aus gesehen sehr wichtigen Teilen des Landes. Nirgendwo ist dies prononcierter der Fall als im Süden, wo die Demokraten die letzten Präsidentschaftswahlkämpfe mit einem Handicap von 138 Wahlmännern starteten. Das ist ein gigantischer Vorschuß und automatischer Bonus für die Republikaner, der etwas mehr als die Hälfte der 270 zum Sieg nötigen Wahlmänner/frauen ausmacht und der bis 1964 fast genauso geschlossen den Demokraten zugute kam. Konkret heißt dies, daß die Demokraten, um zu gewinnen, anderorts einen perfekten, fehlerlosen Wahlkampf führen müssen. Das aber taten

sie 1988 ganz und gar nicht. Zu den im ersten Teil dieses Aufsatzes erörterten strukturellen Schwierigkeiten der demokratischen Partei kamen bei dem letzten Wahlkampf gewichtige taktische Schnitzer und strategische Fehlkalkulationen hinzu. Sie haben Michael Dukakis den möglich scheinenden Sieg gekostet.

### **Der verpatzte Dukakis-Wahlkampf**

In einem Fernsehinterview am Wahlabend charakterisierte Roger Ailes, der Medienkoordinator der Bush-Kampagne, in der meines Erachtens pointiertesten Weise das Wesentliche eines modernen Wahlkampfes in den Vereinigten Staaten. Es zählten, so Ailes zu dem Interviewer, nur vier Dinge im Zeitalter des Fernsehwahlkampfes: Angriffe, Fehler, Umfragen, schöne Bilder. Den Rest könne man ruhig vergessen. Bush und sein Team begriffen dies von Anfang an, während Dukakis und seine Mannschaft diese Realität bis zur letzten Woche vor der Wahl, falls überhaupt, entweder nicht wahrnahmen oder, was auf das Gleiche hinausläuft, nicht wahrnehmen wollten.

Bevor ich eine Bewertung der Dukakis'schen Wahlstrategie in Verbindung mit den im ersten Teil behandelten strukturellen Schwierigkeiten der demokratischen Partei versuche, seien hier kurz ein paar taktische Fehler erwähnt, die sich als sehr kostspielig für das Endresultat der Kampagne erwiesen.

(1) Die Wahlkampfunerfahrenheit des Dukakis-Teams: Im Gegensatz zum Bush-Team, in dem erstklassige Profis mit viel Erfahrung aus früheren Präsidentschaftswahlkämpfen der Republikaner – hauptsächlich aus den Reaganwahlkämpfen 1980 und 1984 – auf allen Ebenen vertreten waren, verließ sich Dukakis ausschließlich auf eine ihm gut vertraute »Massachusetts Mafia«, aus deren Spitzenreihe niemand frühere Wahlkampf Erfahrung mitbrachte. Typischerweise blieb auch das Hauptquartier der Dukakis Mannschaft in dem für diesen Fall provinziellen Boston, anstatt – wie Bush – aus der Hauptstadt des Landes effizienter und zentraler zu operieren. Zahlreiche Kenner beider Lager meinten auch, daß die interne Organisation der Bush-Mannschaft um vieles besser und problemloser verlief als die des Dukakis-Teams.

(2) Das Unverständnis der Dukakis-Leute für das Fernsehen als Wahlmedium: Ähnlich der wahltechnisch schlechten Wahlplakate der SPD im Bundestagswahlkampf 1983, die, da kompliziert getextet und zusätzlich mit kleiner Schrift versehen, viel zu »intellektuell« und »kalt« auf die Wähler wirkten, produzierten die Demokraten einen schlechteren Wahlspot nach dem anderen: allen war die Distanz zu menschlichen Belangen und die gewisse Exklusivität von »Insidern« zueigen. Ein Spot war so kompliziert und abstrus, daß viele Fernsehzuschauer sogar nach wiederholtem Sehen dieser Reklame nicht genau wußten, ob es sich um eine Reklame für Dukakis oder Bush handelte. Der Kontrast zu Bushs einfachen Slogans und seinen von Roger Ailes bestens choreographierten »schönen Bildern«, »Angriffen« auf den Gegner und allabendlichem Einhämmern dessen (vermeintlicher) »Fehler« war ein visuell effektiver Kontrast.

(3) Das Verschwinden von Dukakis im August, oder der sogenannte »August gap«:

Nach der Ernennung von Dukakis zum Kandidaten der Demokraten Mitte Juli 1988 schien sich der Gouverneur auf seinen Lorbeeren und einem fast 20punktigen Vorsprung gegenüber Bush, den ihm alle Umfragen zu dieser Zeit bescheinigten, auszuruhen. Er verschwand bald nach dem demokratischen Parteitag in Atlanta von der Bildfläche und tauchte nur sporadisch bei relativ unwichtigen Anlässen in seinem Bundesstaat Massachusetts auf. Es wird wahrscheinlich für immer unklar bleiben, was man sich im Dukakislager zu dieser Zeit für Vorstellungen machte, während Bush allabendlich den vom Fernsehen dazu vorgesehenen »Wahlraum« mit seinen Angriffen auf Dukakis füllte. So kam es auch, daß bereits Mitte August – also unmittelbar nach Beendigung des republikanischen Parteitages in New Orleans – nach den Umfrageergebnissen Bush die Führung übernahm und bis zum 8. November nicht mehr abgab. Eine für Dukakis und seine naive Wahlkampfführung vielsagende Erklärung des »August gap« meint, daß der demokratische Kandidat brav bis Anfang September, dem traditionsgemäßen Auftakt früherer Wahlkämpfe abwartete und die rasant sich ändernden Entwicklungen des Spätsommers völlig unterschätzte.

(4) Die Unterschätzung von Bushs »streetfighter«-Qualitäten: Als Bush in einigen Debatten der republikanischen Kandidaten noch vor Beginn der »primaries« etwas zögernd und unentschlossen wirkte, stempelten ihn die allmächtigen Medien als einen »Waschlappen« (wimp) ab. Seine überraschend hohe Niederlage anfang Februar 1988 in den »caucuses« von Iowa bestärkte dieses Image. Plötzlich waren seine derben Manieren und sein Machostil, die er beispielsweise in seiner Debatte gegen Geraldine Ferraro vier Jahre zuvor so erfolgreich an den Tag gelegt hatte, völlig vergessen. Dukakis glaubte anscheinend bis Mitte September mit einem Schwächling konfrontiert zu sein, nicht aber mit einem mit allen Wassern gewaschenen und von Polit- und Medienprofis umgebenen Kandidaten, der keine Lüge und Verleumdung scheut. Er merkte nicht, daß die Bushkampagne drauf und dran war, ihn persönlich, seine Kandidatur und die Demokraten als Partei durch konstantes Diffamieren in das politische Abseits zu rücken. Bushs Schmiertaktik war auf vier Ebenen erfolgreich:

1. Die rassistische Ebene: Als Gouverneur von Massachusetts richtete Michael Dukakis ein Hafturlaubsprogramm ein. Während eines dieser Urlaube verließ ein gewisser Willie Horton Massachusetts, brach in einem Villenvorort von Washington in ein Haus ein, vergewaltigte die Frau des Hauses und terrorisierte ihren Freund -, der von Bushs Wahlpropaganda bezeichnenderweise stets als ihr Ehemann dargestellt wurde, obwohl das Paar zur Zeit des Verbrechens noch nicht verheiratet war. Wichtig an der ganzen Geschichte ist nur eines: Willi Horton ist schwarz! Zu spät erkannte Dukakis, daß es hier in Wirklichkeit um eine ganz harte »law and order«-Taktik mit einer gehörigen Portion strukturellem Rassismus ging. Zu spät und viel zu zaghaft kamen seine Beteuerungen, daß solche Hafturlaube im Bund und auch in anderen Staaten – so z.B. Kalifornien, wo sie von einem Gouverneur namens Ronald Reagan eingeführt wurden – gang und gäbe wären, und daß es dabei auch regelmäßig zu kriminellen Handlungen seitens der Beurlaubten käme. Sie konnten dem von Bush erwünschten und auf Resentiments und Angst begründeten »backlash« der Weißen nicht mehr gebührend gegensteuern.

2. Die patriotische Ebene: Ebenfalls in seiner Funktion als Gouverneur von Massachusetts entschied sich Michael Dukakis, einen Gerichtsspruch des obersten Gerichtshofes, der es Lehrern untersagt, Kinder zum täglichen Rezitieren des Fahneinides (pledge of allegiance) zu zwingen, in seinem Staat in die Praxis umzusetzen. Bush stellte Dukakis als einen besseren Vaterlandsverräter dar, der weder die Fahne zu schätzen wüßte, noch es für wichtig hielt, den Kindern in der Schule amerikanische Werte zu vermitteln. Auch hier wehrte sich Dukakis viel zu spät und zaghaft. Vor allem waren seine Argumente, da rein technokratisch und verrechtlicht, völlig defensiv. Indem er sich dauernd nur auf die verfassungsrechtliche Richtigkeit seiner Handlung berief, verabsäumte es Dukakis mit einer politisierten Taktik die Offensive zu ergreifen.

3. Die konservative Ebene: Wie über eine Million Amerikaner ist auch Michael Dukakis Mitglied der »American Civil Liberties Union« (ACLU), einer sehr aktiven und erfolgreichen Vereinigung, die Rede- und Versammlungsfreiheit aller – von Nazis bis zu Kommunisten, von Pornographen bis zu Teufelsanbetern – gegenüber staatlichen Angriffen verteidigt. Seiner Schmierkampagne gemäß griff Bush Dukakis unaufhörlich als ein »card-carrying member« der ACLU an. Indem der republikanische Kandidat die adjektivische Formulierung »card-carrying member« vor der Abkürzung ACLU immer wieder betonte, erweckte er in Gehirn und Gehör von Millionen Amerikanern das Gebilde »card-carrying member of the Communist Party«. Diese explizit McCarthy'sche Taktik von Bush zielte einzig auf eine Diffamierung von Dukakis zumindest als eines Linken, wenn schon nicht eines expliziten Kommunistenfreundes oder gar eines Kommunisten. Dazu kam Bushs Sperrfeuer gegen das Wort »liberal« – oder das »L-Wort«, wie es nach den unaufhörlichen Angriffen bald genannt wurde<sup>10</sup>. Dukakis, so Bush, sei nur ein alter Liberaler, der den Leuten durch zu hohe Steuern das Geld aus der Tasche zöge, die Wirtschaft durch zu viel Staat zerstöre, den Kommunisten nie die Stirne bieten könne, Verbrecher frei herumlaufen ließe und Amerikas Führungsrolle sicherlich verspielen würde. Wiederum kam Dukakis' Gegenwehr, geschweige denn Gegenangriff, viel zu zaghaft und vor allem viel zu spät. So verabsäumte er beispielsweise auf die ausgesprochen faschistischen und antisemitischen Elemente in der Bushentourage hinzuweisen<sup>11</sup>. Anstatt von Anfang an zu betonen, daß selbst Leute wie Douglas Mac Arthur und Dwight Eisenhower Mitglieder der ACLU waren und daß die ACLU auch Leute wie Oliver North verteidigt, argumentierte der Gouverneur wiederum »legalistisch«, indem er behauptete, daß es jedermanns Recht wäre, in einem Rechtsstaat jeder Organisation anzugehören. Die »L-Wort« Attacke beantwortete Dukakis während des ganzen Sommers überhaupt nicht; nie hat er sich voll zu der liberalen Tradition seiner Partei und seiner eigenen Regierung in Massachusetts bekannt. Erst zwei Wochen vor dem Urnengang beschloß Dukakis mit – wie es sich erwies – großem Erfolg zu seiner liberalen Tradition mit Stolz und Entschlossenheit voll zu stehen. Daß ihm hunderttausende, vielleicht sogar Millionen, Amerikaner dieses Bekenntnis mit ihrer Stimme belohnten, zeigt klar, daß ein politisierter Wahlkampf um einen inhaltlichen, vollständigen Liberalismus in den Vereinigten Staaten nicht das Aus für eine Partei bedeuten muß.

4. Die ökologische Ebene: Da sogar die Republikaner erkannt haben, daß man mit ökologischen Themen Wählerstimmen gewinnen kann, entpuppte sich George Bush bereits am Anfang seines Wahlkampfes mit Dukakis als engagierter Ökologe. Wahrscheinlich um die acht Jahre explizit anti-ökologischen Handelns der Reaganregierung besser zu vertuschen, nahm Bush in diesen Fragen eine sogar für ihn sehr aggressive Haltung ein: Er besuchte den Bostoner Hafen und erklärte ihn zum schmutzigsten der Vereinigten Staaten. Wiederum blieb Dukakis wie gebannt. Er startete eben nicht den gebotenen Gegenangriff. Statt gegenüber der Öffentlichkeit klar zu stellen, daß er diese ökologischen Mißstände des Bostoner Hafens von seinen Vorgängern geerbt hatte, er aber mehr für die Säuberung des Hafens tat – und noch tun würde – als jeder andere Gouverneur in der Geschichte Massachusetts', konterte Dukakis mit zwar zahlreichen, doch viel zu abstraktem und technokratischen Materialien, die nur wenige Menschen verstanden.

Kurzum: Dukakis' Taktik war in diesem Bereich – wie in allen anderen – hölzern, leblos, umständlich, legalistisch, technokratisch – und deshalb wirkungslos. Mit seiner Unerfahrenheit und der seines Teams allein läßt sich dies nicht erklären. Vielmehr handelte es sich hier um eine strategische Fehleinschätzung des Wahlkampfes und letztlich des politischen Verhaltens der amerikanischen Öffentlichkeit.

Seine Strategie artikuliert Dukakis bereits während der langen Monate des Vorwahlkampfes klar und deutlich: So wenig wie möglich sich engagieren! So wenig wie möglich auffallen! Statt durch offensive und politische Argumente Leute an sich zu binden, eher von den Fehlern anderer profitieren. Dieses »Minimax«-Modell, das sich schon bei den Vorwahlen – besonders im erbitterten Zweikampf mit Jesse Jackson – für viele Demokraten als zu oberflächlich, seicht und verwundbar entpuppte, wurde bei dem Ernennungskongreß der Partei Mitte Juli in Atlanta für die kommende Auseinandersetzung mit Bush nur noch weiter verfestigt. In einer ansonsten für Dukakis ungewohnt temperamentvoll gehaltenen und sowohl inhaltlich bewegenden als auch intellektuell anspruchsvollen Rede zum Abschluß des Parteikongresses benannte der Kandidat die Eckpfeiler seiner Strategie vor Millionen Amerikanern ganz unmißverständlich: Es ging, so Dukakis, in dieser Wahl nicht um Ideologien, sondern um Kompetenz. Klarer hätte man ein Bekenntnis zum Primat technokratischer Lösungsmethoden als Leitfaden politischen Handelns kaum formulieren können. Somit war Dukakis' explizit anticharismatische Wahlstrategie – für jedermann ersichtlich – von Anfang an klar gekennzeichnet. Als ob acht Jahre Ronald Reagan – von John F. Kennedy, Dwight D. Eisenhower, Franklin Delano Roosevelt, um nur einige zu nennen, ganz zu schweigen – in der neueren Geschichte der Vereinigten Staaten nie existiert hätten, glaubte Dukakis die Präsidentschaftswahl »entideologisieren« und dem amerikanischen Wähler technokratische Kompetenz vor politisch-ideologischem Engagement schmackhaft machen zu können.

Während Bush den genau entgegengesetzten Weg beschritt und sich vom Image eines technokratisch kompetenten aber politisch lauwarmeren »Waschlappens« zu einem hochideologischen Kämpfer für den rechten Flügel des amerikanischen politischen Spektrums entwickelte, blieb Dukakis seiner Strategie des redlichen Technokraten

treu: Er weigerte sich von Anfang an, eine klare politische Stellung zu beziehen und sie dann entschieden zu vertreten. Es war die Strategie der drei C's – cool, competent, conventional –, die Dukakis bis knapp vor der Wahl daran hinderten, Bushs unaufhörlichem Sperrfeuer gegen »Liberales, Liberalismus« – kurz: seiner »L-Wort« Diffamierung – erstens sich zu stellen, zweitens zu der liberalen Tradition der Demokraten sich voll zu bekennen und drittens einen gehörigen Gegenangriff zu starten. Daß Dukakis' »Wischiwaschi«-Strategie von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, läßt sich daran erkennen, daß ihr Gegenteil während der letzten zwei Wochen vor der Wahl sofortige Wirkung zeigte: Als Dukakis sich endlich verzweifelt angesichts des von jedermann vorausgesagten Debakels seiner Kandidatur als ein zum Liberalismus seiner Partei stehender »fighting Mike« entpuppte, ging bei sämtlichen Umfragen die Unterstützung für die Demokraten nach oben. Sein neuer Slogan, »I am on your side« – nebenbei von der erfolgreichen Kandidatur Howard Metzenbaums, des liberalsten Senatsmitgliedes der Vereinigten Staaten, wortwörtlich kopiert – kam bei vielen Teilen der zersplitterten Klientel der Demokraten zumindest insoweit an, als Dukakis in bereits verloren gegebenen Staaten einige Stimmenverluste wettmachen konnte. Die von Dukakis eingeschlagene Strategie der «technokratischen Entmobilisierung» hat also zu einem neuerlichen Verlust des Präsidentenamtes für die Demokraten beigetragen. Man muß diese Unentschlossenheit jedoch in das von mir bereits erörterte strukturelle Dilemma der demokratischen Partei einordnen, um ein klares Bild der von Dukakis eingeschlagenen und verfehlten Strategie zu bekommen. Das wie versteinert anmutende Verhalten von Dukakis muß in folgendem strukturellem Zusammenhang gesehen werden: Ein Linksruck des Kandidaten hätte unter Umständen die weißen »ethnics« der Partei in noch höherem Maße abtrünnig werden lassen. Ein Rechtsruck wiederum hätte zum massenweisen Fernbleiben der schwarzen Wähler geführt. Die daraus resultierende versteinerte Pattsituation wurde noch durch eine zusätzliche Dimension belastet: Wenn es schon zu einem Linksruck kommen sollte, galt zu entscheiden, entlang welcher Achse – der ökonomischen, der kulturell-sozialen oder beider? – dies geschehen sollte.

Diese ihre Existenz berührende Frage wird die Demokraten in den nächsten vier Jahren weiterhin beschäftigen. Denn eines ist nach dem verlorenen Dukakiswahlkampf klar: Was immer die Demokraten tun, sie müssen in erhöhtem Maße die Offensive ergreifen, mutig mobilisieren und von Anfang an Farbe bekennen. Welche Tönung diese Farbe erhalten wird, ist ein Politikum, das sich durch die konkreten Auseinandersetzungen der nächsten Jahre entscheidet. Der Erörterung dieses Problembereiches werde ich die letzten zwei Teile dieses Aufsatzes widmen.

## Die voraussichtlichen Konturen der Bushjahre

Während Reagan zurecht als »Teflonpräsident« in die neuere politische Geschichte der Vereinigten Staaten einging, scheint Bush auf dem besten Wege, sich zu einem »Velcropräsidenten« zu entwickeln<sup>12</sup>. Wie bereits zu Anfang meiner Ausführungen

erwähnt, besitzt George Bush weder das persönliche Charisma seines beliebten Vorgängers, noch kann er irgendein »Mandat« für sich in Anspruch nehmen, das die amerikanischen Wähler ihm gegeben hätten. Im Gegensatz zu Reagans erster Amtsperiode wird Bush mit einem ihm feindlich gesinnten demokratischen Kongreß heftige Kämpfe um die wichtigsten politischen Entscheidungen des Landes führen müssen. Zum Teil sind diese Kämpfe strukturell bedingt, da die gegensätzlichen Interessen des Präsidenten und des Kongresses systemimmanenten Charakter haben, teils spielen hier sicherlich auch persönliche Ressentiments einiger demokratischer Senatoren und Abgeordneter, die Bush seine schmutzig geführte Wahlkampagne gegen Dukakis nicht sobald vergessen werden, keine unwichtige Rolle. Es bleibt abzuwarten, ob Bushs Gerangel mit dem demokratisch geführten Kongreß zu einem systemerlahmenden Dauerkrieg oder bloß zu einer Reihe spektakulärer Einzelschlachten führen wird.

Genauso unklar bleibt, welchen George Bush die amerikanische Öffentlichkeit in den nächsten vier Jahren zu Gesicht bekommen wird: den älteren, pragmatisch konservativen, oder den neueren, aus dem Wahlkampf hervorgegangenen ideologischen Vorkämpfer rechtsradikaler Strömungen. Während Reagan aus tiefer Überzeugung Präsident sein wollte, um einer von ihm vertretenen politischen Richtung an die Macht zu verhelfen, bleibt dies bei dem chamäleonhaften Bush unklar. Sicherlich nimmt Bush, im Gegensatz zu Reagans missionarischem Verhältnis zum Amt des Präsidenten, eine viel instrumentalere Beziehung zu seiner Position ein. Doch bleibt es eine empirische Frage, ob sich das als Vor- oder Nachteil erweisen wird. Aller Voraussicht nach wird die Bushregierung ein Hybrid aus Pragmatik und ideologischem Engagement verkörpern, wobei Pragmatik die Außen- und Verteidigungspolitik des Landes, ideologisches Engagement aber die Sozial- und Rechtspolitik der nächsten vier Jahre bestimmen werden.

In der wichtigen Beziehung zur Sowjetunion wird Bush die in den letzten zwei Jahren der zweiten Amtszeit Reagans eingeschlagene Entspannungspolitik zäh aber unentwegt weiterführen. Da Detente und ihre politischen Folgen sich bei einer überzeugenden Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit einer großen Beliebtheit erfreuen, wird Bush – trotz seiner heftigen »Falkenrhetorik« im Wahlkampf, die er sehr effektiv benützte, um Dukakis in die illegitime Ecke des Schwächlings und Kommunistenfreundes zu verbannen – auf allen Ebenen bilateraler Beziehungen der zwei Weltmächte Verständigung mit Gorbatschow anstreben. So wird es sicherlich ernstzunehmende Verhandlungen zur weiteren Reduzierung von Mittelstreckenwaffen wie auch erstmalige Versuche des Abbaus strategischer Waffen geben. Kurzum: das Verhältnis zur Sowjetunion wird in den nächsten Jahren von einer Atmosphäre der »managed rivalry« beherrscht werden – also einer gezügelten, geordneten und kalkulierbaren im Gegensatz zu einer ideologisch und missionarisch bestimmten, Rivalität –. Auf der Linie einer ideologischen Entspannung liegt außerdem – wofür die Person James Bakers stellvertretend bürgt – die entschiedene Deeskalierung des von Reagan und dem rechten Flügel der republikanischen Partei mit viel ideologischem Elan gestarteten SDI-Projektes. Eine ähnliche Einschätzung scheint mir hinsichtlich der vermin-

derten Unterstützung der Contras in Nicaragua berechtigt. Zentrale außenpolitische Probleme wird die Bushregierung meines Erachtens vor allem in den Beziehungen mit den Verbündeten der Vereinigten Staaten, allen voran Japan und Westeuropa, haben. Die Spannungen im westlichen Bündnis unterliegen strukturellen Bedingungen, die weder Bush noch irgendein anderer Präsident maßgeblich beeinflussen könnten. Die Verschärfung ökonomischer Rivalitäten hat bereits zu beachtlichen Irritationen im Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Japan und zum sich zusammenschließendem Westeuropa geführt, und sie werden in den USA – aber auch in Westeuropa – die Stimmen der »Isolationisten« und »Protektionisten« verstärken auf Kosten derjenigen, die für »Integration« und »Freihandel« plädieren. Der stark demokratisch besetzte Kongreß wird versuchen, Bush in eine den Europäern und Japanern gegenüber kompromißlosere Position bezüglich ihrer Handels- und Verteidigungspolitik zu zwingen. Konkrete politische Maßnahmen in diese Richtung wird es wohl von heute auf morgen nicht geben. Doch läßt sich bereits heute eine wachsende Strömung in verschiedenen Teilen des Landes ausmachen, die darauf besteht, eine amerikanische Beteiligung am westlichen Bündnis (Japan inbegriffen) von erheblich höheren Verteidigungsausgaben der westlichen Verbündeten und von einem stärkeren Abbau ihrer Exportüberschüsse in die USA abhängig zu machen<sup>13</sup>. Da das gigantische Zwilingsdefizit die Margen jeder außenpolitischen Handlung des Präsidenten in großem Umfang und einschränkend bestimmen wird, ist abzusehen, daß sich die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Westeuropa und Japan in den nächsten Jahren – unabhängig von der Person Bush – für alle Beteiligten höchst kompliziert, konfliktreich und unangenehm gestalten werden<sup>14</sup>.

Der ideologische, dem rechten Flügel der republikanischen Partei verbunden George Bush wird sich meines Erachtens viel mehr im innen- als im außenpolitischen Geschehen des Landes zeigen. Bush wird alles daransetzen, den massiven Rechtsruck seines Amtsvorgängers in der Rechtspolitik zumindest fortzusetzen, wenn nicht sogar zu verschärfen. Das Justizministerium, vor Reagans Amtszeit auch unter den Präsidenten Nixon und Ford ein Hort der Verteidigung und Erweiterung der Rechte sozial schwacher Gruppen (durch das rigorose Durchsetzen von »affirmative action« besonders schwarzer, weiblicher und spanischsprechender Bürger), wird unter dem Justizminister Thornburgh zwar die skandalumwitterte, offen sich rechtsradikal bekennende Haltung seines Vorgängers Meese nicht wiederholen, wird aber ebenfalls das von Reagan eingeschlagene massive »rollback« gegen sozial Schwache in der Rechtssprechung weiterführen. »Affirmative action« und alle damit verbundenen, aus der Johnson-Zeit stammenden, progressiven Reformen werden es unter einer Bush-Regierung kaum leichter haben als in den acht Jahren von Reagans Machtausübung. Von besonderer Wichtigkeit werden in diesem Zusammenhang Bushs Ernennungen für die Bundesgerichtsbarkeit sein; sein Vorgänger Reagan hatte ja bereits durch weit über hundert Ernennungen für die nächsten zwanzig Jahre eine rechtslastige Zeitbombe in die Rechtssprechung des Landes eingebaut: Vom Präsidenten ernannte Bundesrichter können ihr Amt im Richterstuhl bis zu ihrem Ableben behalten und tun dies in der Regel auch. Obwohl es in dem wahrscheinlich größten Sieg des

demokratisch kontrollierten Senates über die Reaganregierung gelang, Robert Bork, einen fast am faschistischen Rand des politischen Spektrums sich bewegenden Rechtsaußen und Reagans Lieblingsrichter, entschieden abzuweisen, konnte Reagan durch andere Ernennungen die im Grunde genommen aus der New Deal-Ära Franklin Delano Roosevelts stammende liberale Tradition des obersten Bundesgerichtes endgültig in eine konservative Richtung wenden. Bush wird alles daransetzen, diesen zur Zeit noch prekär vorhandenen konservativen Vorsprung durch eine gezielte Personalpolitik erheblich und für die nächsten 20 Jahre unwiderruflich zu verfestigen. Nur das weitere Beharren der bereits gesundheitlich lädierten und über 80jährigen liberalen Troika der Richter Marshall, Blackmun und Brennan und natürlich der demokratische Senat können Bush von seinem Vorhaben abhalten, die »Reaganrevolution« in der obersten Etage der amerikanischen Bundesrechtssprechung in den nächsten Jahren noch weiter auszubauen.

Bush wird Reagans extrem antigewerkschaftliche Haltung fortsetzen und damit die allgemein antigewerkschaftliche Atmosphäre der 80er Jahre weiterhin legitimieren. Aus ähnlichem ideologischen Eck werden die weiteren Einschränkungen der Sozialleistungen stammen. Ferner muß man mit einem frontalen Angriff gegen die Legalisierung der Abtreibung und gegen ihre staatliche finanzielle Unterstützung für Frauen aus armen Schichten rechnen, da dieser Angriffspunkt seit Jahren das wahrscheinlich zentralste Anliegen der innerhalb der republikanischen Partei sich artikulierenden »neuen Rechten« ist. Bush wird sich bemühen, dem Mandat des neuen republikanischen Blocks gerecht zu werden, indem er danach trachten wird, viele seiner resp. des Blocks Wünsche, die sich vornehmlich entlang der sozio-kulturellen Achse meines Schemas bewegen, so weit wie möglich zu erfüllen. Ob ihm die weitere Durchsetzung des Reaganschen rollbacks der Sozial- und Rechtspolitik gelingen wird, bleibt nicht zuletzt auch eine Frage der Kampffähigkeit und -bereitschaft des demokratisch dominierten Kongresses.

Nichts jedoch wird brisanter für Bush und seine politische Zukunft als das immer akuter werdende Problem der bereits erwähnten und ständig wachsenden Zwillingsdefizite. Wohl selten drückte sich ein Politiker so klar und wiederholt wie Bush in seinem Wahlversprechen aus: »Keine neuen Steuern« beteuerte er landauf und landab. »Read my lips«, forderte er seine Zuseher auf, indem er die Worte »no new taxes« ohne Ton aber mit um so prononcierterer Mimik nachahmte. Dieses Versprechen zu halten, wird Tag für Tag schwieriger, da immer mehr Fachleute und Politiker aus beiden Parteien, den Ernst der Lage klar erkennend, Steuern für die partielle Begleichung des gigantischen Haushaltsdefizits fordern. Bush jedoch beharrt weiterhin auf der von seinem Vorgänger beschworenen und auch nach ihm benannten vermeintlichen Heilungskraft der »Reaganomics«, die Bush selbst (in seinem 1980 erfolglos gegen Reagan geführten Wahlkampf) zurecht als »voodoo economics« bezeichnet hatte. Meines Erachtens wird es zu einem Kompromiß in dem Sinne kommen, daß im zweiten Jahr der Bush-Regierung sein Versprechen, jegliche Steuererhöhung zu vermeiden, als ein Versprechen gegen die Erhöhung individueller Einkommenssteuern ausgelegt wird, um so die Einführung anderer Steuererhebungen zu ermöglichen. Wie

immer dies auch ausgehen mag: Es besteht die große Chance, daß sich Bush hier in ein unlösbares und für ihn schließlich potentiell verhängnisvolles Dickicht verrennt. Wenn er einerseits gezwungen wird, entgegen seinen Beteuerungen Steuererhöhungen durchzuführen, verliert er viel von seiner Legitimität und wird somit in erheblichem Maße politisch verwundbar. Steht er aber zu seinem Wahlversprechen, könnte es zu einem für das Land folgenschweren ökonomischen Desaster kommen, welches für Bush ebenfalls zum politischen Verhängnis werden könnte. In beiden Fällen müßten die Demokraten die größten Nutznießer dieser prekären Lage werden, da – falls sie die Bedingungen politisch richtig umsetzen und sodann gehörig ihre Klientel mobilisieren – mit einem gehörigen Bedeutungszuwachs der ökonomischen Achse meines Schemas zu rechnen ist. Wie bereits erwähnt, würde eine solche Konstellation den Demokraten zugute kommen. Ob sie dies dann für ihre Zwecke auch vorteilhaft ausnützen können, bleibt eine rein empirische Frage, deren Beantwortung von den nächsten Schritten der demokratischen Partei bestimmt wird.

### **Für die Demokraten: Was tun?**

Der Demokratischen Partei stehen sehr schwierige und konfliktgeladene Jahre bevor. Die Partei muß sich wieder mit ihrer »Oppositionsrolle« im Kongreß abfinden. Damit sind zwei Gefahren verbunden: Falls sie sich als zu engstirnige und kleinkarierte Opposition gegen die Bushregierung erweist, könnte sie als eine schlechte Verliererin und Spielverderberin in der Öffentlichkeit diskreditiert und sogar für die Fehlleistungen der Regierung verantwortlich gemacht werden. Andererseits darf sie sich auf keinen Fall von Bush einschüchtern lassen. Sie muß, ganz im Gegensatz dazu, vielmehr stets danach trachten, der Regierung auf allen politisch wichtigen Ebenen gehörig Paroli zu bieten – sei es als eine Fortsetzung des bereits in der Reaganära relativ effektiv angewendeten »check« der Regierung in ihrer Mittelamerikapolitik, oder als »balance« zu Bushs konservativen Vorhaben in der Rechts- und Sozialpolitik. Dieses bereits sehr schwierige Unterfangen wird den Demokraten auch deswegen schwer fallen, weil die Gruppierungen dieser Partei in den kommenden vier Jahren weder verschwinden noch sich zu einer harmonischen Einheit zusammenfinden werden. Die zentrifugalen Flügelpkämpfe, die den Demokraten seit den späten 60er Jahren keine beständige Machtkoalition ermöglichten, werden in nächster Zukunft unter keinen Umständen abnehmen; das Gegenteil könnte wohl eher zutreffen: Der verlorene Dukakiswahlkampf führte bereits zu gegenseitigen Beschuldigungen, die zur allgemeinen Unübersichtlichkeit innerhalb der Partei noch ein Element der internen Verbitterung beisteuern.

Eines jedoch ist allen Demokraten klar: Die Partei muß sich gewaltigen Veränderungen unterziehen, will sie 1992 mit ihrem Kandidaten endlich wieder in das Weiße Haus einziehen. Ferner muß es sich bei diesen Änderungen um viel mehr handeln als jene sich dem Diktat des Fernsehzeitalters anpassende kosmetische Retuschierung, die Walter Mondale nach seinem Debakel 1984 der Partei ans Herz gelegt hatte.

Selbstverständlich bedeuten photogenes Auftreten und persönliches Charisma viel in der Politik, doch sie sind – Roger Ailes's zynischem Formalismus zum Trotz – auch in einem amerikanischen Wahlkampf bei weitem nicht alles. Wie ich zu zeigen versuchte, hat gerade der letzte Wahlkampf bestätigt, daß Inhalte und Ideologien weiterhin eine große Rolle spielen. Allerdings muß man sie den Bürgern auch effektiv vermitteln können. In den letzten drei verlorenen Wahlkämpfen bestand das Problem der Demokraten darin, daß sie weder auf dem Gebiet der Formen noch auf dem der Inhalte einen den Republikanern ebenbürtigen Gegner abgaben. Nur wenn es ihnen gelingt, bereits jetzt die Bevölkerung aktiv für das politische Geschehen zu mobilisieren, bestehen Chancen für einen Erfolg. Vorläufig mag das ruhig mit pluralen, sich gelegentlich auch widersprechenden Programminhalten geschehen – solange die Demokraten dabei nur das seit 1980 von den Republikanern dominierte politische Feld wieder zurückgewinnen. Ihre Nachzüglerrolle im politischen Diskurs werden die Demokraten in den nächsten Jahren nur durch eine aktive Mobilisierung verändern können. Daß eine solche Mobilisierungsstrategie kein Phantom ist, wurde durch die letzten zwei Wochen des Dukakiswahlkampfes, in dem es einem mobilisierenden Dukakis fast noch gelungen wäre, die Kohlen aus dem Feuer zu holen, klar bestätigt. Die Demokraten können sich Drückebergertum nicht länger leisten, sie müssen klar Farbe bekennen. Dazu aber wird sie nur eine offensive Strategie der Mobilisierung bringen; solche Prozesse, mit Nachdruck durchgeführt, haben noch immer zur Präzisierung politischer Inhalte entscheidend beigetragen.

Konkret heißt dies, daß es den Demokraten wiederum gelingen muß, für die Dauer des Wahlgangs im Herbst 1992 eine Klassenkoalition zusammenzuschmieden. Sie müssen erreichen, daß arme Weiße, Schwarze, »hispanics«, Juden und »organized labor« sich zu einer Wahlkoalition zusammenfinden, die progressive Reformen in der Sozial-, Rechts- und Wirtschaftspolitik befürwortet. Soziologisch gesprochen können die Demokraten ihr Wahlschicksal nicht einer Trägerschicht der amerikanischen Bevölkerung allein überlassen. Sie müssen pluralistisch vorgehen, indem sie bewußt die universalistischen Dimensionen von Klasse den zentrifugalen und partikularistischen Eigenschaften von Ethnizität gegenüberstellen. Sie müssen also einer starken Grundströmung amerikanischer Politik entgegensteuern, was sicherlich kein leichtes Unterfangen sein wird. Mir schwebt hier eine bereits von Jesse Jackson begonnene Strategie der »rainbow coalition« vor, jedoch eines auch die Mitte des politischen Partei-spektrums der Demokraten beinhaltenden Regenbogens – was zwangsläufig gegen eine Kandidatur Jesse Jacksons spricht. Obwohl sicherlich brilliant und historisch zweifellos mit den positiven Leistungen Martin Luther Kings gleichsetzbar, war die Person Jacksons – bezeichnenderweise jedoch nicht seine Politik – für viele Stammwähler der Demokraten einfach unakzeptabel<sup>15</sup>. Möglicherweise könnte ein etwas zentristischerer Jackson (vielleicht der aus Pennsylvania stammende, sehr populäre schwarze Kongressabgeordnete und derzeitige Vorsitzende des Finanzausschusses William Gray oder der New Jersey repräsentierende und sich großer Popularität erfreuende Senator Bill Bradley) diese »Regenbogenkoalition der Mitte« mit all ihren wichtigen sozialen Bestandteilen – d.h. den Gruppen aus der von Jackson mobilisier-

ten »rainbow coalition« einerseits und den der gemäßigeren Tradition der Partei angehörigen Teilen andererseits – geschickt zusammenschweißen. Wie die SPD, so brauchen auch die Demokraten für einen Wahlsieg auf nationaler Ebene eben beide Flügel ihrer gegensätzlichen Strömungen.

Inhaltlich hieße dies, daß sich die Demokraten unzweideutig auf ihre alten Werte eines Primates von ökonomischem Liberalismus (in seiner amerikanischen Deutung) besinnen müßten. Die Kluft, die sich auch dieses Mal innerhalb der Partei – zwischen Jackson's »rainbow coalition« und den gemäßigeren Demokraten – so verhängnisvoll reproduzierte, war nichts anderes als jene seit 1968 und 1972 permanent sich manifestierende innerparteiliche Zersetzung auf der kulturellen und sozialen Achse, nicht jedoch auf der ökonomischen. »Links« und »rechts« innerhalb der demokratischen Partei haben seit 1968 viel mehr mit Einstellungen vis à vis Mittelamerika, Mittelstreckenraketen, ökologischen Fragen, Bürgerrechten für Homosexuelle, Legalisierung von Marihuana und anderen nicht-ökonomischen Topoi zu tun als mit Fragen einer progressiven Steuerreform, der Errichtung eines staatlich geleiteten Gesundheitswesens und eines massiven Ausbaues der öffentlichen Bildung. Sowohl innerparteilich als auch in der amerikanischen Wählerschaft schlechthin sind Koalitionen um diese Topoi eher durchführbar und beständiger als die ersteren. Wenn es den Demokraten gelingen sollte, die Vorteile eines aktiven Staates für die sozial Schwachen hervorzuheben, könnten sie wiederum eine solidarische Politik für sich beanspruchen, und die hätte – so die Befunde – große Sympathien einer eindeutigen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Durch eine gezielte Mobilisierung für ökonomische Fragen könnte es den Demokraten eventuell gelingen, das Primat der ökonomischen Achse für politische Koalitionen wiederherzustellen und damit – so meine These – eine Präsidentschaftswahl für sich entscheiden. Den Kern einer solchen Mobilisierung könnte meines Erachtens die von den Republikanern mit eindeutig reaktionären Absichten unternommene Defizitpolitik der Reagan-Jahre liefern. Durch die Aufrechterhaltung dieses Mammutdefizites wollten die Republikaner die Durchführung jeglicher sozialer Reformen für eine lange Zeit einfach unmöglich machen<sup>16</sup>. Dieser skandalöse Vorgang wurde bis jetzt von den Demokraten kaum angemessen politisiert. Hier gibt es also sicherlich einen großen Nachholbedarf. Ferner könnten die Demokraten in der jetzigen Ära Gorbatschows, ohne sofort in den Verruf der Volksverräter und Schwächlinge zu geraten, massiv gegen das Verteidigungsbudget angehen und dem amerikanischen Volk dessen enormen »Verdrängungseffekt« gegenüber sozialen Leistungen klar vor Augen führen. Um es gerafft auszudrücken: Solange es den Demokraten nicht gelingt, den Diskurs von der sozial-kulturellen auf die ökonomische Achse umzuleiten, werden die Republikaner ihr Monopol im Weißen Haus weiterhin behaupten können. Eine überwältigende Mehrheit der amerikanischen Bürger will einen ausgebauten Sozialstaat, erhöhte Sozialleistungen, besser bezahlte und sichere Arbeitsplätze, bessere Schulen und so manches mehr, was man mit dem »Liberalismus« der Demokraten verbindet. Um dies zu realisieren, muß die Partei eine »horizontale« Koalition – also die einer ökonomischen Interessensgemeinschaft – zumindest für die Dauer des bedeutenden Urnenganges im November 1992 zusammen-

schmieden. Sie muß sich offen(siv) zu ihrer aus Franklin Delano Roosevelts Zeiten stammenden Stärke eines ökonomischen Liberalismus bekennen. Ob die Demokraten dies auch tun werden, vermag zur Zeit niemand – am wenigsten sie selbst – mit einem Mindestmaß an Gewißheit vorauszusagen.

## Anmerkungen

- 1 Der Sieg des 32jährigen, sehr liberalen Evan Bayh in der Gouverneurswahl des Bundesstaates Indiana ist besonders interessant. Sein ebenfalls liberaler Vater, Birch Bayh, wurde von dem jetzigen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Dan Quayle, im Sog des ersten großen Reagansieges 1980 im Senatorenwahlkampf des Staates überraschend hoch geschlagen. Indiana, eine besonders auf Bundesebene traditionelle Bastion der Republikaner, war in dem Wahlverhalten seiner Bürger sehr typisch für den von mir in diesem Aufsatz geschilderten Spaltungsprozeß zwischen Bundesebene einerseits und Staats- und Kommunalebene andererseits, den wir immer prononcierter bei Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten beobachten können. Während knapp über 60 % der Wähler Indianas Bush Dukakis klar vorzogen, stimmten 54 % für den liberalen und jungen Bayh und erteilten somit dem Bush sehr nahestehenden und ihm auch sehr ähnlichen Gouverneurskandidaten der Republikaner eine entschiedene Abfuhr.
- 2 Der Begriff »ethnics« meint stets weiße Bürger, die hauptsächlich in den urbanen Zentren des Nordostens wohnen und *nicht* – wie die WASPS (White Anglo-Saxon Protestant), Skandinavier und Deutsche – protestantischen und nordeuropäischen Ursprungs sind. »Ethnics« sind also Italo-Amerikaner, Polen, Iren, Portugiesen, alle Amerikaner ost- und südeuropäischer Herkunft, wie auch katholischer und verschiedener christlich-orthodoxer Religionsbekenntnisse. Juden gehören jedoch nicht dazu. Die wiederum – wie Schwarze, Hispanics (spanisch sprechende Bürger) und andere Gruppen – sind eine Kategorie für sich.
- 3 Sowohl der Kennedy- als auch der Johnson-Sieg symbolisieren fast idealtypisch die zwei großen politischen Flügel der von der Rooseveltischen Koalition geprägten »alten« demokratischen Partei. Kennedy, als erster nichtprotestantischer Präsident der Vereinigten Staaten, vertrat den nördlichen Flügel der Partei, der sich aus den »ethnics« des Nordens, »organized labor«, Industriekapital und den Bewohnern der nördlichen Industriezentren des Landes zusammensetzte. Johnson wiederum vertrat als Texaner den südstaatlichen Flügel der Partei. Es konnte darum eben nur ein Südstaatler wie Johnson die großen Bürgerrechtsreformen der 60er Jahre durchführen, die die amerikanische Öffentlichkeit – wie eben auch die demokratische Partei – grundlegend ändern sollten.
- 4 Für Dukakis stimmten außer den Schwarzen im bereits erwähnten 90:10 Verhältnis noch die Hispanics (70:30) und die Juden (65:35). Ansonsten konnte Bush jede andere ethnische Gruppe für sich gewinnen. Daß die Demokraten weiterhin die Partei der Armen sind, belegen folgende Zahlen: Leute mit einem Familienjahreseinkommen unter \$ 12500 wählten 62.:38 für Dukakis, die nächsthöhere Einkommensgruppe (\$ 12500 – \$ 24999) spaltete sich genau 50:50 zwischen Dukakis und Bush; danach wählten alle Einkommensgruppen für Bush. Interessant ist, daß die Höhe der jeweiligen Unterstützung für Bush sich völlig proportional mit dem Einkommensanstieg der jeweiligen Gruppe verhielt. Leute mit einem Familienjahreseinkommen über \$ 100000 wählten im Verhältnis 65:35 für Bush.
- 5 Obwohl es zuerst den Anschein hatte, daß es mit Dukakis-Bentsen zu einer Wiederbelebung der letzten für die Demokraten so erfolgreichen Massachusetts-Texas Achse durch Kennedy-Johnson kommen sollte, wurde relativ bald klar, daß Dukakis nie mit denselben strukturellen Vorteilen innerhalb seiner Partei wie sein Vorgänger und »Landsmann« Kennedy rechnen konnte. Nicht nur war der Süden, der sich noch zu Kennedys Zeiten fest in den Händen der Demokraten befand, den Demokraten bei Präsidentschaftswahlen längst abtrünnig geworden. Es gab auch seit Anfang der 70er Jahre keine der berühmt-berüchtigten »urban machines« mehr, die – wie im Falle von Richard Daleys Chicago im Jahre 1960 – mit allen legalen und illegalen Mitteln den Demokraten wichtige Wahlsiege einfach

- garantierten. Daley und seine Chicago »machine« wurden u.a. von Jesse Jackson und anderen die demokratische Partei demokratisierenden post-68er Bewegungen und Reformen endgültig aus der Macht gewiesen. Wie alles in der Politik, hatte auch diese per Saldo sehr positive Entwicklung ihre negativen Seiten.
- 6 Der Carter-Sieg im Jahre 1976 war genau so ein historischer Ausnahmefall. Die Legitimität der Republikaner war unmittelbar nach dem Watergateskandal, in dem Richard Nixon die Hauptfigur spielte, einfach zu angeschlagen, um bei der Präsidentschaftswahl zu reussieren. Trotz Watergate und trotz der niedrigen Popularität des republikanischen Kandidaten Gerald Ford konnten die Demokraten in letzter Minute nur einen hauchdünnen Sieg ins Ziel retten. Bezeichnenderweise – und die historische Ausnahme noch bekräftigend – war der siegreiche demokratische Kandidat Jimmy Carter Gouverneur des Staates Georgia, also ein Politiker des sogenannten »tiefen Südens«. Nur dadurch konnten die Demokraten zumindest einige der wichtigen – bei weitem jedoch nicht alle – Südstaaten für sich gewinnen.
  - 7 Es ist sehr interessant, daß auch Jesse Jackson bei den Vorwahlen der demokratischen Partei nur in fast »schwarzenreinen« Staaten wie Vermont, Wisconsin, Oregon, Washington und Maine eine signifikante Zahl weißer Stimmen für sich gewinnen konnte. Während Jackson 92 % der Schwarzen, die in den Vorwahlen die Demokratische Partei wählten, für sich beanspruchen konnte, waren es nur knappe 12 % der weißen Demokraten, die Jackson ihre Stimme gaben.
  - 8 Interessant ist, welche Schwierigkeiten etablierte Linksparteien mit dem richtigen Ansprechen von Emotionen haben: An Emotionen zu appellieren, sehen sie als »billig«, »demagogisch« und daher als »unmoralisch« an – und überlassen dieses wichtige Feld darum lieber den Konservativen und Rechten.
  - 9 So hätte er z.B. argumentieren können, daß es George Bush, nicht Micheal Dukakis war, der unpatriotisch bzw. »unamerikanisch« handelte, indem er die Rechtssprechung eines rechtsstaatlichen Gerichtes völlig mißachtete. Ferner hätte Dukakis Bush den Vorwurf machen können, daß es eben sehr »amerikanisch« sei, den Unterricht in den Schulen pluralistisch zu gestalten und niemandem gegen seinen Willen einen Eid aufzuzwingen. Er hätte also – den Individualismus politisierend – Bushs vermeintlichen Patriotismus mit einem sehr »amerikanischen« Argument angreifen und bloßstellen können.
  - 10 Es wäre vielleicht nicht unangebracht, dem deutschen Leser an dieser Stelle eine kurze Erklärung des amerikanischen Begriffs »liberal« darzubieten. Obwohl es den Begriff »liberal« in den USA selbstverständlich schon vor der Regierungsära Franklin Delano Roosevelts gab, tauchte er in der politischen Alltagssprache nur sporadisch auf und war relativ unbedeutend. Da er erst von Roosevelt in wirklich massiver und dann das Wesentliche seines »New Deal« charakterisierender Art eingeführt wurde, brachte die amerikanische Öffentlichkeit den Begriff »liberal« seit dieser Zeit hauptsächlich mit den wichtigsten Topoi Rooseveltscher Reformen in Zusammenhang. Folglich meint »Wirtschaftsliberalismus« in den Vereinigten Staaten: Staatsinterventionen in die Wirtschaft, keynesianische Globalsteuerung, aktive Fiskal- und Geldpolitik des Staates, den Ausbau der/s sozialen Sicherung/Netzes, progressive Steuerpolitik – eben eine Ausbreitung und Vertiefung sozialer Rechte und ökonomischer Gleichheit. Im ökonomischen Bereich ist also das amerikanische »liberal« dem europäischen »sozialdemokratisch« wahlverwandt, während es im »Überbau-Bereich« – also im Bereich persönlicher Freiheiten, Begrenzung willkürlicher Staatsmacht dem individuellen Bürger gegenüber, politischer Kultur und in bezug auf die meisten Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in der bürgerlichen Öffentlichkeit schlechthin – die zentralen Charakteristika des klassischen europäischen Liberalismus teilt. Amerikanische Liberale sind also Zwitter: In der Ökonomie den europäischen Sozialdemokraten ähnlich, im »Überbau« den Liberalen der alten Welt nahestehend. In Europa entstand der Liberalismus im Kampf um politische Rechte und Freiheiten der Bürger dem absolutistischen Staat gegenüber; in Amerika hingegen hatte das, was heute unter dem Begriff »liberalismus« verstanden wird, seinen Ursprung im Kampf um größeren sozialen Schutz und erweiterte wirtschaftliche Recht für die im Wettlauf der »freien Marktwirtschaft« Unterlegenen.
  - 11 So waren z.B. einige Vertreter der osteuropäischen »ethnics« innerhalb der republikanischen Partei ehemalige aktive Mitglieder von Organisationen wie der »Eisernen Garde« des faschistischen Rumänien, der »Pfeilkreuzer« des faschistischen Ungarn und vergleichbarer Organisationen in Bulgarien und anderen osteuropäischen Ländern. Außerdem war einer der engsten Bushberater ein gewisser

Frederic V. Malek. Auf Nixons Anweisung hin hatte er alle Juden im Bureau of Labor Statistics, einer von Nixon wegen ihres – so dessen Originalton – linkslastigen Rufes gehaßten Bundesbehörde, namentlich abgezählt und diese Liste dem Präsidenten dann vorgelegt.

- 12 Für diejenigen Leser, die der modernen Konsumgesellschaft mit etwas Abneigung begegnen, seien die Begriffe »Teflon« und »Velcro« hier kurz erklärt. Während »Teflon« ein Kunststoff ist, an dem nichts haften bleibt und von dem alles abprallt, besitzt »Velcro« genau entgegengesetzte Eigenschaften, denn alles bleibt an ihm kleben. Reagans teflonartige Eigenschaften haben diesen Mann zu einem in der modernen amerikanischen Geschichte einzigartigen Phänomen gemacht: Kein anderer Präsident verließ nach achtjährigem Amtsbesitz das Weiße Haus mit einem noch höheren Beliebtheitsgrad als mit dem, den er zu Beginn seiner Amtsperiode schon hatte. Außerdem war der Beliebtheitswert Ronald Reagans bei seinem Abgang höher als der jedes anderen aus seinem Amt scheidenden Präsidenten.
- 13 Es soll hier in Erinnerung gerufen werden, daß es hauptsächlich der linke bzw. gewerkschaftliche Flügel der demokratischen Partei ist, der ein größeres finanzielles Engagement besonders der reichen Verbündeten der Vereinigten Staaten – allen voran die Bundesrepublik Deutschland und Japan – für ihre eigene Verteidigung erwartet. Im Wahlkampf waren es hauptsächlich Jesse Jackson und die bereits früh ausgeschiedene Abgeordnete aus Colorado, Pat Schröder, die auf das ihrer Meinung nach unsolidarische Verhalten der reichen Japaner und Westdeutschen im Bündnis mit den Vereinigten Staaten hinwiesen. Wie bereits eingangs erwähnt, änderten sich die Fronten im Laufe der post-Vietnam-Ära: ein wichtiger Flügel der Demokratischen Partei entwickelte sich zu Isolationisten, während die Republikaner ihren früheren Isolationismus gegen einen Interventionismus austauschten.
- 14 Man kann sich folgendes Szenario vorstellen: Drei große Blöcke – Westeuropa unter der eindeutigen Hegemonie der Bundesrepublik, Nordamerika unter der ebenfalls eindeutigen Vorrangstellung der USA und Japan mit seinen Märkten im Fernen Osten – werden sich immer abgeschotteter und mißtrauischer gegenüberstehen. Während die blockinternen Wirtschaftsbeziehungen in allen drei Fällen jeweils einen immer »organischeren« Charakter annehmen, werden die Interblockbeziehungen zunehmend »künstlich« bzw. »verwaltet«. Es entwickelt sich eine Wirtschaftsbeziehung, die man auf Englisch »managed« im Gegensatz zu »integrated« nennt. Da die Japaner in diesem Schema den weit-aus kleinsten Markt für sich in Anspruch nehmen können, wird – diesem Szenario gemäß – die Zukunft für sie am konfliktreichsten und potentiell am schwierigsten.
- 15 Hier spielen einige Faktoren eine Rolle: Erstens seine antisemitischen Bemerkungen und antijüdische Einstellung, die nicht nur bei jüdischen Wählern der Partei, sondern auch bei anderen Demokraten Befremden hervorrief. Zweitens seine politische Unerfahrenheit, denn nie in seinem Leben bekleidete er ein politisches Amt irgendeiner Art, sei es auf nationaler, staatlicher oder lokaler Ebene. Drittens sein auf dem Charisma des Predigers beruhender politischer Diskurs, der bei vielen »rationalen« und säkularisierten Zentristen der Partei ein gewisses Unbehagen hervorrief.
- 16 Daß dies kein paranoides Hirngespinnst von Demokraten und progressiv eingestellten Leuten sondern ein klarer Plan der »Reaganrevolution« war, ist seit den Äußerungen David Stockmans, des ersten Budgetdirektors der Reaganregierung, kaum mehr bestreitbar. Stockman mußte auch wegen dieser Bemerkungen aus dem Reaganteam ausscheiden.